

Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG ÖSTERREICHS

Nummer 194

April 1964

Kämpfende Arbeiterschaft

Die Massen werden durch die kapitalistische Offensive immer wieder schwer geschädigt. Vor allem durch das Steigern der Ausbeutung und der Preise. Dagegen wehren sich die Proletarier (Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte). Sie kämpfen immer wieder um höheren Lohn, Gehalt, usw. So auch im vergangenen September, Oktober und November.

In Italien wurden die Wirkungen der "Rezession" durch unaufhörlichen Lohnraub verschärft - siehe jüngst die 20%ige Erhöhung der Umsatzsteuer. Daher streikten Millionen Ausbeutete, ua. die Land-, Holz- und Hafenarbeiter, eine halbe Million Bauarbeiter, zehntausende Berg- und Gummiarbeiter. Leider mangelt es ihnen an einer wahren, an der proletarischdemokratischen Arbeiterpartei. So kann ihr Kampf sabotiert und ausschmarotzt werden von der verräterischen KP, SP, Nenni-Partei zu Gunsten der egoistischen Interessen der entarteten Arbeiterbürokratie.

Das war besonders deutlich zu sehen beim Eisenbahnerstreik. Die bürgerliche Koalitionsregierung - worin SP, Nenni-Partei vertreten sind! - ließ kapitalistische Polizei und Truppen als Streikbrecher einsetzen. Die Gewerkschaftsbürokraten organisierten, um den Streik im Interesse der Ausbeuterklasse verräterisch zu beschränken, folgende Augenauswischerei: drei kleine Streiks im Tag, von 9 Uhr bis 10.30 Uhr, 15.00 Uhr bis 16.00 Uhr und 22.00 Uhr bis 23.30 Uhr. So daß die Hauptverkehrszeiten und damit das Entstehen des Großteils des Profits möglichst wenig "gestört" würden.

Vor allem unterließ es die Arbeiterbürokratie bewußt, diesen Lohnkampf zu verknüpfen mit dem pro-

letarischen Endkampf. Das ist der schlagendste Beweis des Verrats der Arbeiterbürokratie, ihrer opportunistischen Politik. Denn wird der Tageskampf der Arbeiter, Angestellten nicht verbunden mit dem Kampf für ihre Endziele, so wird der proletarische Tageskampf zwangsläufigerweise - sei es auch mit den besten Absichten! - auf opportunistischer Linie geführt, wirkt gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft. Weil dabei im besten Fall nur vorübergehende Verbesserungen im Rahmen des Kapitalismus erzielt werden können. Weil dann das wichtigste am Kampf der Arbeiterschaft für Teilinteressen - so notwendig dieser Kampf ist! - übersprungen wird: die geistige Vorbereitung der Massen auf den proletarischrevolutionären Endkampf durch Entwickeln, Heben ihres Klassenbewußtseins!

Österreich: eine Reihe kleinerer Lohnstreiks, vor allem in Niederösterreich (Traiskirchner Wachstumfabrik; Grundmann, Herzogenburg, Alpine-Montan Traisen, usw.) Es mehren sich Fälle, wo der Unternehmer, ihre Vertreter die Arbeiter, Angestellten einzuschüchtern suchen durch Drohen mit dem kapitalistischen Staatsapparat. Die Bourgeoisie sorgt schließlich für die "Aufrechterhaltung der (Profit)Ruhe und (Profit)Ordnung", indem sie ihre Staatsmaschine gegen die Massen einsetzt. Wobei sie die offene oder verkappte Hilfe der entarteten Arbeiterbürokratie, deren Verrats-SP, Verrats-KP genießt!

So wurde beim Streik im Autoreparaturwerk Schrack (Wien X.) ein Kriminalbeamter gerufen und zur Traiskirchner Wachstumfabrik ein Gendarm bestellt... Den streikenden Facharbeitern der ver-

staatlichten (!) Alpine Montan Traisen drohte der Werksdirektor mit der Anzeige beim kapitalistisch+Staatsanwalt. Ein kleines Beispiel des von SP, KP so gerühmten "guten (Profit)Betriebsklimas" in den staatskapitalistischen Unternehmungen. Dabei hat Pittermann jüngst den Profit charakter der verstaatlichten Betriebe bestätigt: er stellte fest (AZ 19.1.65), daß diese Betriebe "alle Unternehmerfreiheiten" besitzen müssen! Dh. alle Ausbeuterfreiheiten, so wie die privatkapitalistischen Unternehmen - in erster Linie die Freiheit, aus den Arbeitern, Angestellten immer mehr unbezahlte Arbeit herauszuholen, dadurch ihre Ausbeutung möglichst zu steigern; so immer größeren Mehrwert aus ihnen herauszupressen, diesen als immer größeren Profit zu realisieren!

In Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland streikten viele Bauarbeiter gegen die Teuerung, um höheren Mindestlohn. Vor allem in den größeren Industriezentren: Linz, Graz, Wiener Neustadt, usw. - Im Gaswerk Simmering wehrten sich die Ausbeuteten gegen die geplante Stilllegung eines Teiles des Betriebs. Denn in der "roten" Gemeinde Wien wird kapitalistisch rationalisiert, dh. zwecks höheren Profits. Und unter Führung der verräterischen Sozialbürokratie, ihrer "sozialistischen" SP! (Durch solche Ausbeuterdienste beweist die sozialverräterische Bürokratie ihre Ergebenheit gegenüber der Bourgeoisie und bezieht von dieser den Judaslohn: einträgliche Ämterln, usw). Ja "die (bürgerliche!) Gemeinde Wien" hat auch eine eigene Rationalisierungskommission unter Vorsitz des Sozialbürokraten Adespoller (AZ 3.12.64). Die Aufgabe dieser Kommission ist das Steigern der Ausbeutung, des Profits in den kapitalistischen Gemeindebetrieben: durch Einführung verbesserter Produktionsmittel, Produktionsmethoden, das "Ersparen" möglichst vieler Arbeiter, Angestellter inbegriffen...

Je greifbarer die kapitalistische Politik der SPÖ wird, desto abstoßender wirkt sie auf die Arbeiterschaft, vor allem auf deren kampfgewillte, junge Elemente. Das bestätigen die SPÖ-Verluste bei den letzten Arbeiterkammerwahlen, die Streiks, Demonstrationen im Zusammenhang

mit der Olah-Affäre. Daß dieser raffinierte Spezialbürokrat sich als "kämpferischer Arbeiterführer" aufspielen konnte; die Tiefe der Entartung, Korruption, Verkommenheit der sozialverräterischen Bürokratie - das hat auf manche Arbeiter, Angestellten gewirkt.

Warum folgt dann der Großteil der Arbeiterklasse Österreichs trotzdem der schwindelsozialistischen SPÖ? Aus zwei Hauptgründen: der Riesenverrat, die Riesenkorruption der Stalinbürokratie, deren KPÖ, ihr Besudeln des proletarischen Sozialismus, des ehrlichen Kommunismus; und vor allem das Fehlen einer genügend starken proletarischen Klassenorganisation, der wahren Arbeiterpartei, die den Ausbeuteten einen sichtbaren proletarischen Konzentrationspunkt bieten würde! Die Arbeitermassen betrachten daher die SPÖ als das kleinere Übel im Vergleich zur KPÖ, folgen noch vorderhand der sozialverräterischen Partei. Trotz aller berechtigten Unzufriedenheit mit diesem Instrument der Sozialverräter Schärf, Pittermann, Benya, Jonas, Kreuzer & Co, die zentristischen Verräter Hindels & Co eingerechnet!

England: zehntausende Auto-, Metall- und Elektroarbeiter, Autobusfahrer und -schaffner streikten gegen Ausbeutung, Teuerung und Entlassung kämpferischer Betriebsräte. Da die Labourbürokraten mit der Kapitalistenklasse gegen das Proletariat verbündet sind, suchen die schwindelsozialistischen "Arbeiterführer" jeden ernstesten Kampf der Arbeiter, Angestellten zu unterbinden. Daher die vielen "wilden" - dh. gegen den Willen der Arbeiterbürokratie ausgebrochenen - Streiks! Bezeichnend für ihre Judastätigkeit ist auch folgende Tatsache: Vertreter des Gewerkschaftsbundes (lies: der Gewerkschaftsbürokratie!) und der Kapitalisten haben sich zusammengesetzt, um die "wilden" Streiks zu "untersuchen". Dh., um im Interesse der Ausbeuterklasse möglichst wirksame Mittel, Methoden zum Bekämpfen dieser Streiks auszuhecken! Für solche Judasdienste werden ja die Labourbürokraten von der Bourgeoisie in den Adelstän erhoben - ein "Vorbild", das die SPÖ, die sie beherrschende Bürokratie nicht genug "würdigen" können...

Der von der SPÖ so gerühmte Wahlsieg der SP, hat deren Judasrolle nur noch greller beleuchtet. Ihrer Politik nach linksbürgerlich, hat diese Partei der

englischen Sozialbürokratie die Linie der rechtsbürgerlichen Konservativen Partei fortgesetzt: mit "großem Mut" - gegen die Arbeiterklasse! (Siehe den Riesenlohnraub durch Zoll- und -reis-erhöhungen, usw). Kein Wunder, daß die Massen durch die Judaspolitik der LP wieder einmal enttäuscht werden; daß sich daher bei den ersten beiden Nachwahlen viele Arbeiter, Angestellte sich der Stimme enthielten. Jene zwei Wahl-niederlagen der LP sind von dieser selbst, von der sie beherrschenden La-bourbürokratie verschuldet worden. Eine Tatsache, die von der AZ (23.1.65) krampfhaft geleugnet wird... Warum? Weil sie die Verratsrolle der LP ver-schmieren muß, um die gleiche Judasrol-le der SPÖ zu verschleiern!

USA: Ein größerer Streik in der Fahrzeugindustrie erfasste schließlich mehr als 350.000 Ausgebeutete. Sie kämpften um neue Kollektivverträge. In erster Linie suchten sie ein ~~mit~~ wei-teres Steigern der Ausbeutung durch Intensivierung der Arbeit zu ver-hindern. Ihr Kampf wurde von den Reuther & Co, ja der gesamten Gewerkschaftsbü-rokratie gründlichst sabotiert. Manches spricht dafür, daß die Autokapitalisten diesen Streik provozierten, um die Pro-duktion vorübergehend zu drosseln: als Mittel zum Manipulieren der Konjunktur,

Typisch für den Verrat der Gewerk-schaftsbürokratie ist ihr Verhalten im Kampf der Hafentarbeiter. Diese wehren sich schon längere Zeit gegen die ka-pitalistische Automation: sie bringt den Ausbeutern höheren Profit - auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, von denen immer wieder, immer mehr "über-flüssig" werden. Versteht sich, "über-flüssig" für die Profitbedürfnisse der Kapitalistenklasse! (Eine Tatsache, die SPÖ, AZ glatt "realistisch" hin-nehmen. Warum? Weil sie die Interessen ihrer Profitherren auf Kosten der Ar-beiterschaft vertreten, wofür jene den Soziallakaien Schärf, Pittermann & Co samt Sippschaft den Judaslohn zukommen läßt!...

Als die gewerkschaftsbürokratischen Vertreter keinen ernstesten Finger für die Hafentarbeiter rührten, traten diese in den Streik (an der Ost- und Südküste der USA). Flugs bediente sich die Aus-beuterklasse i h r e r (bürgerlichen) "Demokratie": sie wendete an ihr Anti-streikgesetz (Taft-Hartley-Gesetz), ließ den Streik im "nationalen In-

teresse", dh. im Interesse der G e s a m t bourgeoisie kurzerhand v e r b i e t e n. So sorgt die Ausbeuterklasse dieses von SPÖ, AZ so gepriesenen "(bürgerlich)de-mokratischen" Landes für die "Aufrecht-erhaltung des sozialen (P r o f i t)-Friedens"! So wurde wieder einmal bewiesen, daß "die (kapitalistische) De-mokratie" nichts anderes als die v e r -h ü l l t e Boureoisdiktatur ist!... Als ergebene bürgerliche Demokraten, als treue Ausbeuterlakaien haben die Meany, Reuther, Hoffa & Co auch dagegen nichts ernstes unternommen. -

Im Kampf gegen die kapitalistische Teuerungsoffensive, für höheren Lohn ~~xxxxx~~-standen australische Autoarbeiter und irische Bauarbeiter. Gegen spanische Me-tallarbeiter und griechische Hafentarbei-ter, die aus denselben Gründen streik-ten, ließ die Bourgeoisie Polizei und Truppen einsetzen - um den "inneren (Ausbeuter)Frieden" zu wahren...

Der Streik der Jutearbeiter Pakistans dauerte mehrere Wochen. Er begann in Ostpakistan, wo der Schwerpunkt des Kampfes lag. Die Jutekapitalisten suchten die Streikenden durch Aussperrung und Einsatz bewaffneter Streikbrecherbanden zum Nachgeben zu zwingen. Mehr als vier-zig Arbeiter fielen in diesem Kampf. Lei-der fehlt die proletarische Klassenfüh-rung. Daher war die Stalinbürokratie im-stande, diesen Streik für ihre erzegois-tischen Interessen auszuschmarotzen. Denn die SP steht fest auf Seite der Ausbeuterherren! - Viele indische Ar-beiter, Angestellte wehrten sich gegen die Teuerung, vor allem der Lebensmit-tel. Ihre Streiks und Demonstrationen "störten" den "sozialen (Profit)Frie-den". Da setzte die Ausbeuterklasse ihre Staatsmaschine ein, ließ die kämpfenden Massen durch Polizeiknüppel "beruhigen"...

Streiks bilden einen wichtigen Faktor der Kolonialrevolution in Vietnam. Begin-nend mit dem Ringen um höheren Lohn, usw. verflechten sich diese Streiks immer wieder mit der nationalrevolutionären, agrarrevolutionären Bewegung der Mas-sen. Da die SP (LP), Gewerkschaftsbürokra-tie im Lager der Imperialisten stehen, und es an einer proletarischen Klassen-partei mangelt, vermag die revolutions-verräterische Stalinbürokratie jene Mas-senkämpfe zu "führen": einerseits mög-lichst verhindern, daß sie sich in pro-letarischrevolutionärer Richtung ent-wickeln, andererseits sie zu Gunsten der schwindelkommunistischen Bürokratie aus-

nützen.

Die Judasrolle der Sozialbürokratie, SP war jüngst im Kongo besonders deutlich zu sehen. Dort beginnen die kolonialrevolutionären Massen - leider unter linksbürgerlicher Führung - erneut vorzudringen. Der rechte Flügel der heimischen Ausbeuterklasse war, trotz Unterstützung seitens der Imperialisten, nicht imstande, diese Bewegung niederzuschlagen. Da griffen diese, vor allem die Bourgeoisie der USA und Belgiens selbst ein. Sie schickten ihre Fallschirmjäger und Söldner dorthin, um die Massen blutig niederzuwerfen. Die belgische SP, die in der Koalitionsregierung "ihres (kapitalistischen) Landes" sitzt, war an diesem imperialistischen Gemetzel direkt beteiligt! Als es von Sozialimperialist Spaak namens der SP Belgiens "gerechtfertigt" wurde - nämlich im Interesse "ihrer" Bourgeoisie! - da haben ihr die übrigen sozialimperialistischen Parteien, inklusive SPÖ, SPD "realistisch" die Mauer gemacht.

Auch die Links bourgeoisie der zurückgebliebenen Länder ist nicht mehr imstande, die bürgerliche Revolution konsequent zu vollenden. Früher oder später wendet sie sich gegen die Massen, die sie anfangs gegen die Rechtsbourgeoisie und die Imperialisten mobilisiert hat. Siehe 1963 in Irak - jetzt in Bolivien. Die Linksbourgeoisie hatte im geheimen das kapitalistische Heer wieder aufgebaut, setzte es gegen streikende Arbeiter ein. Schließlich - angesichts der Gefahr seitens der Massen - fanden sich Links- und Rechtsbourgeoisie wieder zusammen, errichteten die offene bürgerliche Klassenherrschaft, in Form der Polizei-Militär-Diktatur. Eines ihrer Hauptziele ist die Entwaffnung der Bergarbeiter. Die Massen waren bereit, revolutionär zu kämpfen, wurden jedoch von ihren arbeitertükratischen "Führern" schamlichst betrogen, im Stich gelassen.

Wieder ein Beweis, wie wichtig die konsequente proletarische Taktik in der Kolonialrevolution ist. "Die (Kolonial)Revolution" schlechthin zu unterstützen - das ist zwar "einfach", aber grundfalsch, hat katastrophale bewußtseinsmäßige, politische Folgen. Wer es sich so "einfach" macht - wie z.B. die "Führer" der 4.I. - der, sei es auch mit besten Absichten, wirft Ausbeuterschichten und Massen in einen Topf! Die

einzig richtige proletarische Methode, die darauf sich gründende proletarische Klassentaktik erfordern das scharfe Unterscheiden zwischen den Kolonialmassen und der linken Kolonialbourgeoisie:

Die Arbeiter und armen Bauern müssen unbedingt unterstützt werden. Wobei dieses Unterstützen nicht nur gefühlsmäßig erfolgen darf, sondern möglichst klar, fest - wann und wo nötig verbunden mit kameradschaftlicher Kritik. Propaganda, Organisation!

Doch wie steht es mit der Einstellung zur kolonialen Linksbourgeoisie? Nun, das hängt - auf Grundlage der proletarischen Prinzipien - von den konkreten Umständen ab! Solange die linke Kolonialbourgeoisie konsequent gegen Imperialisten und Rechtsbourgeoisie, für Agrarrevolution, nationale Einheit, Unabhängigkeit kämpft, solange ist ihr Unterstützen, dh. das Bündnis mit ihr prinzipiell zulässig. Was jedoch noch lange nicht besagt, daß dadurch das Unterstützen von ihr automatisch taktisch zweckmäßig ist! Auch wenn dieses Bündnis grundsätzlich zulässig ist, mag es taktisch unzulässig sein! Da entscheiden sie konkreten Kampfbedingungen!

In der heutigen Lage und solange die qualitativ und quantitativ genügend starke, feste proletarische Klassenorganisation noch fehlt, solange ist ein Unterstützen der kolonialen Linksbourgeoisie taktisch unzulässig - auch wenn es noch prinzipiell zulässig ist! (Ein weiteres Beispiel des unumgänglichen Widerspruchs im proletarischen Klassenkampf. Aus diesem Widerspruch den richtigen, revolutionären Ausweg zu finden, das vermag nur die konsequente proletarische Politik: proletarische Taktik auf Grundlage der proletarischen Prinzipien! Wobei dieser Ausweg selbst dialektisch, dh. widersprüchlich ist, doch Vorteile und Nachteile für die Arbeiterklasse hat. Und die Vorteile dieses Auswegs müssen dessen Nachteile bei weitem überwiegen.)

Auf jeden Fall: sobald sich jene Ausbeuterschichte vom konsequenten Kampf gegen die Imperialisten und heimische Rechtsbourgeoisie abzuwenden, die Agrarrevolution zu drosseln, gegen die Arbeiter vorzugehen beginnt - dieser Zeitpunkt wird mit dem fortschreitenden

kapitalistischen Niedergang immer früher erreicht, ist z.B. in Kuba, Bolivien, Algerien schon längst erreicht! worden! - sobald wird das Unterstützen der kolonialen Linksbourgeoisie prinzipiell unzulässig!

Zusammenfassend: unter den heutigen konkreten Umständen darf die koloniale Linksbourgeoisie nicht unterstützt werden. Auch wenn es noch prinzipiell zulässig ist, da eine Hauptvoraussetzung für so ein Bündnis fehlt: die proletarische Klassenpartei. Daher kommt, solange zwischen der kolonialen Linksbourgeoisie und den Imperialisten, der Rechtsbourgeoisie ein genügend großer Gefahrenunterschied besteht, nur das "Unterstützen" der linken Kolonialbourgeoisie in Frage. Das heißt sie wird weiterhin bekämpft! Doch der Kampf gegen sie als der zeitweilig weniger gefährlichere Feind muß dem Kampf gegen den zeitweilig gefährlicheren Feind (Imperialisten, Rechtsbourgeoisie) untergeordnet werden! Wie lange und mit welchen Mitteln, Methoden dieses "Unterstützen" durchgeführt wird - das hängt eben von den konkreten Kampfbedingungen, nach Ort und Zeit.

Wohlgemerkt: das "Unterstützen" des vorübergehend weniger gefährlichen Feindes ist nur eine besondere Form des Bekämpfens dieses egners! Es hat daher nichts zu tun mit dem sogenannten "kritischen Unterstützen" der kolonialen Linksbourgeoisie, noch dazu wann sie gegenrevolutionär geworden ist, (siehe Algerien, Kuba). Auch im besten Fall: das "kritische Unterstützen" gibt tatsächlich auf das propagandistische und organisatorische Vorbereiten des proletarischrevolutionären Sturzes der kolonialen Linksbourgeoisie! Es ist daher - zumindest der Wirkung nach - tatsächliches Unterstützen, Bündnis mit der linken Kolonialbourgeoisie. Noch dazu im Falle der Castro, Ben Bella & Co, wann diese, die von ihnen geführten Ausbeuterschichten längst konterrevolutionär geworden sind, ein Bündnis mit ihnen daher auch prinzipiell unzulässig geworden ist! 111

Immer wieder beleuchten die Arbeiterkämpfe die Rolle des kapitalistischen Staatsapparats: er sichert die Ausbeuterwirtschaft, Ausbeutergesellschaft gegen die Massen, in erster Linie gegen das Proletariat (Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte). Und die Arbeiterbürokratie

wirkt als Teil der bürgerlichen Staatsmaschine. Offen oder verkappt steht sie im Lager des kapitalistischen Klassenfeindes gegen die ausgebeuteten, unterdrückten Massen! Was Sozialbürokratie und Stalinbürokratie, ihre zentristischen Vertreter Hindels, Larsen, Nenni & Co krampfhaft zu verwischen suchen. Vor allem mit schwindelsozialistischen, schwindelkommunistischen Phrasen!

Könnten Arbeiterbürokratie, SP(LP), KP ernstlich für die Interessen der Arbeiterschaft kämpfen? Die Frage ist nicht richtig gestellt. Haben sie die Kraft dazu? Ja! Doch sie sind mit der Ausbeuterklasse gegen die Massen verbündet, entweder in offener oder verkappter Koalition! Und die Erfahrung zeigt, daß sie sich an dieses Judasbündnis gegen die Arbeiterklasse eisers klammern. Auch wenn sie sich mit der Bourgeoisie zerkrachen, von dieser nach getanem Judasdienst den Fußtritt kriegen, mißhandelt werden!

Sogar unter der offenen kapitalistischen Klassendiktatur, auch unter der faschistischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie setzen Arbeiterbürokratie, SP(LP), KP die tatsächliche Zusammenarbeit mit der Kapitalistenklasse fort. Sie wollen diese Judaskoalition nie und nimmermehr aufgeben, sondern sie auf Kosten der Massen verewigen. Daher sind die sozialbürokratischen und stalinbürokratischen Verräterparteien nicht mehr imstande gegen die mit ihnen verbündete Bourgeoisie ernstlich zu kämpfen!

Tatsächlich: nicht nur wollen Arbeiterbürokratie, SP(LP), KP nicht die Ausbeuterklasse ernstlich bekämpfen - sondern kraft ihrer verräterischen Koalitionspolitik können sie nicht!

Das ist die Grundwurzel der Unheilbarkeit der SP(LP), KP. Darum müssen die Arbeiter, Angestellten, niedere Beamten mit diesen Verräterparteien brechen - heute vor allem politisch! - und sich schaffen eine neue, eine wahre Arbeiterpartei: die Partei der proletarischen Demokratie, die allein die nötigen Garantien gegen Verbürokratisierung liefert, die

PROLETARISCHDEMOKRATISCHE ARBEITERPARTEI !

9.2.1965

V.P.